

**Anfrage** von Mario Fehr (SP, Adliswil)  
und Willy Volkart (SP, Oberrieden)  
betreffend Realisierung des Konzeptes "Dezentrale Drogenhilfe"

---

Der kantonale Gemeindepräsidentenverband kommt in seinem Konzept "Dezentrale Drogenhilfe" zum Schluss, dass in den nächsten Jahren die Einrichtungen der Drogenhilfe kräftig vermehrt werden müssen. Er empfiehlt deshalb, das Hilfsangebot in den Bereichen Wohnen, Arbeit und Betreuung ausserhalb der Stadt Zürich entscheidend zu vergrössern. Einige Gemeinden und Bezirke haben seit der Veröffentlichung des Konzeptes und der Resultate der darauffolgenden Vernehmlassung Schritte zur Umsetzung der empfohlenen Massnahmen in die Tat unternommen. Einige Gemeinden und Bezirke zögern noch oder sind überhaupt nicht willens, ihren Beitrag zur Linderung der Drogenproblematik zu leisten. In seiner Antwort vom 13. November 1991 auf eine dringliche erklärte Interpellation (KR Nr. 205/1991) hat der Regierungsrat eine ganze Reihe von Massnahmen aufgelistet, mit denen er zur Realisierung des Konzeptes des kantonalen Gemeindepräsidentenverbandes beitragen will. Angesichts der neuesten drogenpolitischen Entwicklung in der Stadt Zürich ist die rasche und vollständige Umsetzung dieses Konzeptes nötiger denn je. Es ist ein Gebot der Stunde, die Stadt Zürich und insbesondere die direktbetroffenen Stadtkreise zu entlasten. Wir fragen den Regierungsrat deshalb an:

1. Wie beurteilt der Regierungsrat den derzeitigen Stand der Umsetzung des Konzeptes "Dezentrale Drogenhilfe"?
2. Sind dem Regierungsrat Regionen und Bezirke bekannt, in welchen die Realisierung des Konzeptes nicht an die Hand genommen wird? Wenn ja: Um welche Regionen und Bezirke handelt es sich und welche Anstrengungen unternimmt der Regierungsrat, um auch diese Regionen und Bezirke zum Mitmachen zu bewegen?
3. Genügen aus heutiger Sicht die in der Beantwortung zur dringlich erklärten Interpellation aufgelisteten Massnahmen, mit denen der Kanton zur Realisierung des Konzeptes beitragen will? Sind aufgrund der inzwischen gemachten Erfahrungen zusätzliche Angebote und Hilfeleistungen durch den Kanton bereitzustellen? Ist der Regierungsrat bereit, trotz finanziellen Engpässen hier prioritär zu handeln?
4. Sind die Kreditbeschlüsse für die Finanzierung der Projektstellen in denjenigen Bezirken, welche eine diesbezügliche Eingabe gemacht haben, erfolgt? Wenn nein, wann wird der Regierungsrat diese Kredite sprechen?

Mario Fehr  
Willy Volkart